Anlage 1

KREIS WARENDORF

CDU

Kreistagsfraktion
Fraktionsvorsitzender
Karl-Wilhelm Hild
Münsterwall 15
48231 Warendorf
Tel. 02581 789 4984
Fax.02581 7894985
kw.hild@web.de

Sperrfrist bis Freitag,
16.12.2011 - 9.00 Uhr
Es gilt das gesprochene Wort

Haushaltsrede 2012

Herr Landrat,
Verehrte Kolleginnen und Kollegen des Kreistages,

Stand 15.12.011

Haushaltsplanberatungen sind traditionell der Höhepunkt im politischen Kalenderjahr!
Und weil das so ist, wage ich einen Blick zurück- um dann nach vorne zu schauen.
Generell möchte ich bemerken, dass das hohe Maß an interfraktioneller Übereinstimmung- bei allen Unterschieden in Detailfragen und die Bereitschaft zum Ausgleich wohltuend ist und ich mir das auch auf anderen Ebenen wünschte, dann wäre manches leichter- vor allem im Land und im Bund!!
Wir hatten ein arbeitsreiches Jahr! Ich erinnere an wesentliche Schwerpunkte:
3 Haushaltsplanberatungen in 12 Monaten. Erst der ordentliche Haushalt für dieses Jahr, dann der historisch zu betrachtende Nachtrag im Frühjahr des Jahres, damit die Kommunen ein weiteres Mal entlastet werden konnten und nun der Haushalt für das kommende Jahr.
Fleißarbeit für alle Fraktionen, Fleißarbeit aber auch für die Verwaltung, die ja so nebenbei noch ganz große Aufgaben zu stemmen hatte, wie die Vorbereitung zur Option, die Vorbereitungen für die Beantragung eines Klimaschutzmanagers einschließlich Co2 Bilanz, z.B.
Wir als CDU Kreistagsfraktion sind das Kalenderjahr mit Beratungen über wichtige soziale Angebote angegangen,
Diskussionen zum Thema Ärztemangel und Pflegenotstand im ländlichen Raum, eine schleichende Standartverschlechterung, die erstaunlich wenig öffentliches Echo erfährt.
Wir sprachen mit der Geschäftsführerin des Jobcenters, **Frau Petra Schreier,** um mit ihr ihre Vorstellungen des Konzepts und der arbeitsmarktpolitischen Instrumente zu erörtern.
Spannende Fragestellungen zu den Themenbereichen, welche Zielgruppen erreicht man mit welchen arbeitsmarktpolitischen Instrumenten. Insbesondere galt unser Augenmerk den Langzeitarbeitslosen, dem schwierigsten Klientel in der Vermittlung.
Gleich zu Beginn des Jahres die Grundsatzdiskussionen zum Gemeindefinanzierungsgesetz der Landesregierung und die Folgen für den Kreis und die Städte und Gemeinden, die wir bereits in diesem Haushalt spüren, die aber im Haushalt 2013 deutlich durchschlagen werden.
Mit **Frau Michalczak-Hülsmann** diskutierten wir im März die Fragestellung, inwieweit das Hochschulkompetenzzentrum Studieren und Forschen e.V. einen Beitrag leisten kann zur Sicherung des Fachkräftebedarfs der heimischen Wirtschaft.
Das war Sozial- und Wirtschaftspolitik, denn sozial ist, was Arbeit schafft aber auch Arbeitskräfte vor Ort sichert.
Wir kämpften im Rahmen unserer Möglichkeiten für eine kommunalfreundliche Lösung im Kampf um den Müll und rangen mit Geschäftsführer der AWG **Thomas Grundmann** an der Seite und mit dem Bundestagsabgeordneten des Kreises um eine sachgerechte Lösung.
Leider, so scheint es, haben wir den Kampf verloren, die Rosinenpickerei der Wirtschaft mit dem Wertstoff wird wohl unvermeidbar sein. Wer kämpft kann auch verlieren, wer aber nicht kämpft der hat immer verloren. Minister Röttgen hatte mit seinem Ministerium andere Vorstellungen als wir. Wir wollen und wollten sicherstellen, dass wir auch weiterhin keine

Abfallgebühren erhöhen müssen, weil wir den Aufwand zur Entsorgung mit den Einnahmen aus dem Wertstoff verrechnen.

Jeder Euro, den der Kreis mit werthaltigem Haushaltsabfall wie Altpapier, Kühlschränke, Elektrogeräte pp verdient, kommt den Bürgerinnen und Bürgern als Gebührenzahler zugute, denn mit den Erlösen werden die Gesamtkosten teilweise gedeckt.
Durch die Zulassung gewerblicher Sammlungen werden hingegen abfallwirtschaftliche Erlöse privatisiert und die Verluste den Bürgern und der heimischen Wirtschaft zugeschoben.
Es ist falsch, dass insbesondere die Wohngebiete zukünftig zu „Wettkampfarenen" umfunktioniert werden, wo dann nach dem Windhundprinzip der Schnellere gewerbliche Sammler mit seinen Fahrzeugen die werthaltigen Abfälle zu seinem Vorteil einsammeln kann.
Genau das wollen wir nicht - genau dagegen haben wir mit aller Kraft gekämpft.

Die Weiterentwicklung der Integrationsbemühungen durch Vernetzung, RAA war gleich ein Thema nach der Sommerpause. Wir ließen uns von **Christiane Bainski** am 15.09. überzeugen, dass wir eine regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwanderfamilien im Kreis haben sollten.
Wir ermunterten die Verwaltung entsprechende Anträge zu stellen, die dann hier im KT auch einstimmig verabschiedet werden.
Ein weiteres Thema war die Frage der Einstellung der Schulsozialarbeiter. Wir führten Gespräche mit den Fraktionen in den Städten und Gemeinden, um Rückmeldungen aus der Sicht der Räte zu erhalten. Ausgiebig haben wir die Kosteneinschätzung u.a. bei den Hilfen zur Bildung und Teilhabe und die Folgen für die Kreisumlage bzw. Jugendamtsumlage mit den Fraktionen aller Städte und Gemeinden erörtert.
Alle haben u.a. die Schulsozialarbeiter für notwendig erachtet, und so wurde dann ja auch hier im KT entschieden, Folgen, die wir im vorliegenden Haushaltsplan ebenso finden, wie Kosten für ein Kreisentwicklungsprogramm oder für die Erstellung eines Energie und Klimaschutzkonzepts.
Wir sorgten und sorgen uns um das Klima und den Umweltschutz. Nicht nur im Rahmen der AWG. Ich erinnere, wir sind geistige Mitinitiatoren des erfolgreichen EAA Prozesses - Antrag mit den Grünen unter E. Müllers Führung - und konsequent führen wir in Erwartung des Klimaschutzgesetzes des Landes die dann pflichtige Aufgabe weiter, indem wir einen Klimaschutzkoordinator beantragten ,der auch einstimmig so verabschiedet werden konnte.
Ich sage es noch einmal deutlich, wir haben mit dem EEA Prozess im Januar 2011 bestätigt bekommen, dass wir beim Klimaschutz im bundesweiten Vergleich als Gebietskörperschaft die Nase vorne haben. 79 vollzogene Maßnahmen, davon wesentliche Teile im Rahmen der nachwachsenden Rohstoffe. 31 % des gesamten Wärmebedarfs der Kreisgebäude wurden in der Heizperiode 2009/10 durch Holzhackschnitzel gedeckt. Umweltschutz, Klimaschutz, Wirtschaftsförderung, denn die Wertschöpfung bleibt im Kreis. Wir brauchen da von keiner politischen Seite Nachhilfe. Es gehört zu unseren Grundüberzeugungen mit der Schöpfung sorgsam umzugehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist alles Arbeit im Umfeld in der Vorbereitung der Haushaltsplanberatungen, denn die Befassung mit den Themen führte zu politischen Entscheidungen und zu konkreten Anträgen und Initiativen der Fraktion.
Insofern waren alle wesentlichen Entscheidungen im Vorfeld der Haushaltseinbringung dann durch gemeinsame Beschlussfassung auf den Weg gebracht, und heute arbeiten wir die finanziellen Folgen dieser Entscheidungen, hoffentlich genau so einvernehmlich in den Haushaltsplan ein, so wie die Verwaltung uns das vorgelegt hat und wie im Kreisausschuss beschlossen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen,
Die Gemeinde-Prüfanstalt - das Thema wird uns dann unter TOP 8 noch beschäftigen - hat uns in einem 2.Gutachten bestätigt, dass der Kreis Warendorf als Gebietskörperschaft seine zugewiesenen Aufgaben hervorragend erledigt und das zu einem Umlagesatz, der vorzeigbar in der Region ist.
80 % aller geprüften Aufgabenfelder wurden mit den besten und zweitbesten Bewertungsnoten bewertet. Die GPA bestätigt dem Kreis,

Zitat: *„ Die Handlungsmöglichkeiten, bezogen auf ergebnisorientierte Steuerung, werden nahezu vollständig genutzt*
Der Kreis Warendorf konnte die positiven Ergebnisse der letzten überörtlichen Prüfung wieder bestätigen bzw. weist in einigen Prüffeldern weitere Ergebnisverbesserungen auf."
(Vorbericht S 20: Wesentliche Ergebnisse)
Das unterstreicht, dass der Kreis, unsere Verwaltung, die Prüfbemerkungen der vorangegangenen Prüfung ernst genommen und gezielt gesteuert hat. Wir entwickeln uns im Kreis mit der Verwaltung also gutachterlich bestätigt und zwar im positiven Sinn.
Die mit den Fraktionen eingebrachten Nachfragen, Anmerkungen und Anträge haben allesamt Ihren Beitrag geleistet, den Kreis noch effizienter, noch erfolgreicher werden zu lassen. Einig sind wir uns über alle Fraktionsgrenzen hinweg auch, dass man nie gut genug ist.
Wer aufhört besser zu werden, ist heute schon nicht mehr gut - das ist unser Motto, da teilen wir auch die Überzeugung mit Landrat und seiner Verwaltung.

Das hat natürlich auch Folgen für die Umlageentwicklung, die ja ausgesprochen nachhaltig positiv gestaltet werden konnte.
Zutreffend, so haben wir das seit Jahren auch immer für uns in Anspruch genommen, hat die GPA erneut im Abschnitt Gesamtbetrachtung Haushaltwirtschaft festgestellt, dass sich der Kreis Warendorf insgesamt sehr gemeindefreundlich zeigt.
Das wurde ja in den Städten und Gemeinden nicht immer so gesehen. Umso mehr freuen wir uns über die Feststellung des Sprechers der Bürgermeister zu diesem Haushaltsplan, den er als fair bezeichnet.
Das ist ein weiteres gutes Testat! Das macht Mut den Weg im Interesse des gemeindlichen Miteinanders fortzusetzen.
Wir liegen bezogen auf den Prüfzeitraum 2009 mit 383,- Euro je Einwohner 63,- Euro unter dem Mittelwert aller Kreise im Land.
Hätten wir nur den durchschnittlichen Wert aller Kreise berechnet, müsste unsere Kreisumlage um gut 17,6 Millionen Euro höher ausgefallen sein, als sie es tatsächlich war.
Das unterstreicht nachdrücklich, wie gut wir finanzwirtschaftlich im Sinne einer gemeindefreundlichen Haushaltspolitik aufgestellt sind und waren.

Schon unmittelbar nach Veröffentlichung des Eckdatenpapiers haben wir uns in Hinblick auf die Erwartungen für den Haushalt positioniert. Unsere Erwartungen waren:
Keine neue Schulden
Reduzierung der Altschulden
Sicherung der Liquidität, damit weitestgehende Vermeidung von Kassenkrediten
Sicherung und Fortsetzung des Pensionsfonds
Auflösung der Ausgleichsrücklage aber:
uneingeschränktes Nein zu möglichen Erwartungen, die allgemeine Rücklage anzufassen.

Meine Damen und Herren, Schulden sind das Grundübel aller öffentlichen Haushalte.
Schulden sind die unverantwortliche Erblast für die nachwachsenden Generationen.
Schulden sind der lähmende Mehltau auf allen Ebenen, denn er nimmt
die Entscheidungs-und Gestaltungsspielräume von morgen weg.

Schulden sind damit auch zutiefst unsozial!!!
Wir reden nicht über die Schuldenbremse, wir praktizieren sie und das seit Jahren. 10 Millionen Euro haben wir bereits seit Dienstantritt von Dr. Gericke getilgt!
Bis 2014 wollen wir die Schulden auf mindestens 24 Millionen Euro weiter drücken.
Das ist konkrete, solide und gelebte Finanzverantwortung.
Es ist doch lächerlich, dass die Landesregierung für die Schuldenbremse erst eine Kommission berufen will.

Der vorgelegte Haushaltsentwurf entsprach in den wesentlichen Feldern unseren Erwartungen, lediglich die Schuldentilgung wurde im Entwurf vorläufig ausgesetzt, aber in der mittelfristigen Planung bis 2015 deutlich wieder eingeplant.
Wir haben nun die Ausschussberatungen, die Fraktionsklausuren und die daraus resultierenden Anträge zum Haushalt mit Finanzauswirkung und ohne finanzielle Auswirkung diskutiert.
Wir waren in allen Ausschüssen über die Grundzüge des Entwurfs einig, bis auf eine Ausnahme im Umwelt und Planungsausschuss. Das haben wir aber durch unseren Kompromissvorschlag zum Antrag „Frau und Beruf" im Interesse der großen Gemeinsamkeit abgearbeitet.
Wichtig für uns ist die Tatsache, dass wir auch hier eine konkrete Gegenleistung erwarten, die vertraglich vereinbart werden soll. Unser Weg, konsequent die Pauschalzuschüsse abzuschaffen, wird fortgesetzt wo immer das möglich ist!!!!

Wir haben mit einer Veränderung von 1 Million zur Tilgung der Altschulden den Weg der Generationengerechtigkeit fortgesetzt und damit den eigentlich wichtigsten Finanzakzent gesetzt.
Gemeinsam mit der FDP haben wir uns dafür stark gemacht, den Entwurf zu verändern und erfreut zur Kenntnis genommen, dass die Fraktionen hier mitgezogen haben.
Wir fahren mit diesem Haushalt auch die Früchte der gemeinsamen Beratungen aus 2011 ein, denn mit insgesamt 2 Millionen Euro Sparvolumen werden unsere Vorschläge aus 2011 schon im Haushalt 2012 wirksam. Das ist unser aller Erfolg im Interesse der gemeindefreundlichen Umlageentwicklung. Das sollten wir auch kommunizieren.
Wir setzen mit der Verwaltung auch um, was wir politisch gewollt haben.
Die Verbesserungen im Haushalt durch die späte Entscheidung der Landeregierung haben im Kreis zur deutlichen Steigerung der Investitionsvolumen im Straßenbau bzw. in der Substanzerhaltung geführt.
Das begrüßen wir für den Kreishaushalt und die Wertsicherung unseres Eigenkapitals.
Damit wird auch eine Prüfbemerkung in Bezug auf Verbrauch der Substanz durch zu geringe Investitionsquoten berücksichtigt.
Mit dem höheren Ansatz werden wir in die Substanz investieren, wenn schon durch die rot-grüne Verweigerungshaltung im Land, politisch gewollt der Straßenneubau fast auf Null gefahren wird.
Diese Politik ist schädlich für die Entwicklung! Wir brauchen weitere Umgehungsstraßen! Wir halten wegen der Notwendigkeit daran fest, nicht weil wir hier Recht haben wollen. Die Wirtschaft, unsere Bürgerinnen und Bürger brauchen gesicherte Strukturen für die Sicherung der Mobilität. Das steht auf dem Spiel, das ist mit Bahn und Bus nicht zu leisten.
Hier sollten die Fraktionen, die auch im Land Verantwortung tragen, vor allem aber die Grünen, die Brille der Ideologie absetzen. Wir vor Ort können durch Zukunftsverweigerung die Welt allein nicht retten! Schauen Sie nach Kanada, Kanada steigt aus und wir retten die Welt?
Der Mehrbetrag für dieses Jahr ist aber im Landeshaushalt durch Schulden finanziert und von daher zu kritisieren, denn der Grundsatz der Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit wird in Düsseldorf sträflich verletzt.
Ich bin auch mit allen Fraktionen der Städte und Gemeinden im Kreis und mit der Fraktion der Linken im Landtag einig, dass die Haushaltsdaten des Landes gesetzeswidrig spät zur Verfügung gestellt werden.
Wir dürfen auf die Verfassungsklage der Fraktion Die Linke im Landtag gespannt sein.

Die Umverteilung in den Finanzzuweisungen in einer Größenordnung von 100 Millionen allein 2012 aus dem kreisangehörigen Raum in die kreisfreien Städte an Rhein und Ruhr macht wütend.
Der Protest der Bürgermeister, der Spitzenverbände der Kommunen und der Kreise haben hier keine Veränderung herbei führen können.
Ebenso deutlich sage ich für die CDU Fraktion, dass wir die Belastungen, die im Rahmen des Stärkungspakts Stadtfinanzen für unsere Städte und Gemeinden zu befürchten sind, nicht akzeptieren.
Der Kämmerer hat die Auswirkungen im Finanzausschuss vorgestellt,
Bezogen auf den aktuellen Berechnungsstand werden die sogenannten reichen Kommunen im Kreis
Beelen mit 288.000 Euro, Everswinkel mit 83.000.-, Oelde mit 315.000 Euro und Sendenhorst mit sage und schreibe 828.000 Euro belastet.
Durch die Umverteilung werden die Kommunen im Kreis mit 1,4 Millionen belastet.
Das ist absolut nicht hinnehmbar.
Der ländliche Raum blutet in Solidarität zu den Rhein-Ruhrstädten aus.
Wir werden kaum erwarten können, zumal nun auch bedauerlicherweise die FDP-Landtagsfraktion diese gemeindefeindliche Politik für den ländlichen Raum zu unterstützen gedenkt, dass sich angesichts gesicherter Mehrheit hier etwas Wesentliches verändert.
Wir verhalten uns anders, nämlich solidarisch mit unseren Kommunen und deshalb geben wir die Verbesserungen, die sich aus den veränderten Zuweisungen ergeben, an die Städte und Gemeinden zurück. Auch dadurch können wir die Umlage gegenüber dem Entwurf erneut senken, sowohl im Nettozahlbetrag als auch im Hebesatz.
Wir senken den Hebesatz von 40,1 Punkten 2011 auf nunmehr 36,4 Punkte. Wichtiger als der Hebesatz sind die Zahlbeträge für die Städte und Gemeinden.
3,498 Millionen entspricht die Differenz zum Vorjahr! Eine weitere Entlastung von knapp 1,6 Millionen entsteht für die Stadthaushalte durch die Übernahme des kommunalen Finanzierungsanteils am Job Center durch den Kreis.
Fazit: mit insgesamt 5 Millionen 83 tausend und 858 Euro werden die Städte und Gemeinden entlastet, alle außer Everswinkel, das 506.000 Euro mehr bezahlen muss.
Bei aller Freude über die Entlastung bleibt aber zu bedenken, dass dies nur möglich ist, weil der Kreis in die Ausgleichsrücklage greift und mit 5 Millionen Euro das strukturelle Defizit im eigenen Haushalt ausgleicht.
Der Kreis ist nicht reich, auch das kann man im GPA Bericht nachlesen.
Wir haben keinen ausgeglichenen Haushalt, wir verbrauchen, wie die Gemeinden und Städte auch, unsere Substanz.

Wir erachten die Umlage an den LWL für sachgerecht. Seine Aufgaben sind Aufgaben nach Bestellung aus den Städten und Gemeinden. Das sollten wir nicht vergessen.
Der LWL ist unser Dienstleister und er wird finanzpolitisch gut geführt.
Dr. Kirsch ist uns als Kenner der kommunalen Probleme bestens vertraut, und er hat auch unser Vertrauen. Kritik an der LWL Umlage werden Sie von der CDU Kreistagsfraktion nicht hören.
Meine Damen und Herren,
Die Zeit ist befristet, ich komme daher zum Ende meiner Ausführungen.
Ich möchte feststellen, dass die CDU Kreistagsfraktion ihre politischen Ziele im Haushalt hinreichend berücksichtigt sieht. Wir verabschieden einen in jeder Hinsicht fairen, sehr gemeindefreundlichen Kreishaushalt.
Herr Landrat, die CDU Kreistagsfraktion stimmt dem Haushalt 2012 uneingeschränkt zu.

Ich danke der Verwaltung für die intensive Begleitung unserer Arbeit über das ganze Jahr, insbesondere zu den Etatberatungen.
Ich bedanke mich bei allen Fraktionsvorsitzenden, die gesprächswillig waren.
Die Dialogbereitschaft und der Wille zur Gemeinsamkeit, die Bereitschaft Einzelfragen nicht hochzustilisieren nur um des eigenen Profils willen , macht die Arbeit leichter und führt sicher auch dazu, dass wir hier konkrete Sacharbeit leisten und keine politischen Scharmützel führen.

Mein Dank geht ganz besonderer Weise an meine Fraktion und an meinen Fraktionsvorstand.
Auf allen Ebenen wird von der Belastung und der Notwendigkeit des Ehrenamtes gesprochen, ohne dass unser Gemeinwesen nicht funktionsfähig wäre.
Selten erfährt die Kommunalpolitik hier eine entsprechende Würdigung. Das ist bei Heimatvereinen und Feuerwehren z. Bsp. ganz anders. Das politische Ehrenamt sollte ebenfalls, auch wegen des wesentlich höheren zeitlichen Aufwandes und der damit verbundenen Verantwortung, auch im Kreis und durch den Kreis deutlicher gewürdigt werden.
Für 2012 stehen schon jetzt über 60 feste Arbeitstermine ohne die Ausschusssitzungen und die Sitzungen des Kreistages auf dem Programm.
Hier werden von der CDU Fraktion allein hunderte von Arbeitsstunden für die Bürgerinnen und Bürger im Kreis nach Feierabend geleistet. Ein persönlich beachtliches Zeitopfer für die Gemeinschaft.
Ich denke, das ist so ähnlich bei allen Fraktionen. Das muss mal ausgesprochen werden, denn auch wir leben ein Stück weit von der öffentlichen Anerkennung

Liebe Freundinnen und Freunde,
ich habe euch im abgelaufenen Jahr manches Thema zugemutet und damit zusätzliche Arbeit aufgeladen. Den Erfolg der Arbeit können wir u.a. auch in diesem Haushalt ablesen.
Ich bin stolz, auch im 13. Jahr als Fraktionsvorsitzender euer Vormann sein zu dürfen.

Verehrte Kreistagskolleginnen und Kollegen,
sehr geehrter Herr Landrat und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung.

Euch und Ihnen wünsche ich auch im Namen der CDU Kreistagsfraktion eine besinnliche Weihnachtszeit, eine ruhige Zeit zwischen den Jahren und einen gesunden und zufriedenen Wechsel in das Jahr 2012.
Ich danke für die Aufmerksamkeit.